

Stellungnahme zur anstehenden Novellierung des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes

Die Deutsche Gesellschaft für Soziologie (DGS) begrüßt das Ziel, mittels der Novellierung des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes (WissZeitVG) die »Verlässlichkeit, Planbarkeit und Transparenz« der Beschäftigungschancen für Wissenschaftler:innen in der »Qualifikationsphase« zu erhöhen.¹ Die Soziologie hat zu den Themen Beschäftigungsverhältnisse und Karrierewege in der Wissenschaft umfangreiche, evidenzbasierte Expertise. Dazu gehört auch die jüngste Evaluation des WissZeitVG vom Mai 2022. Vor diesem Hintergrund nehmen wir Stellung:

Wie viele andere Akteur:innen aus der Wissenschaft – Fachverbände, Gewerkschaften, Initiativen des Mittelbaus um #ichbinhanna und das Netzwerk für Gute Arbeit in der Wissenschaft (NGAW), eine Vielzahl von Professor:innen aller Disziplinen² – hält auch die DGS das am 17.03.2023 vorgelegte Eckpunktepapier des BMBF für nicht geeignet, eine dringend notwendige Verbesserung der Situation der wissenschaftlich Beschäftigten zu erzielen. Insbesondere die geplante Verkürzung von Befristungen in den »Qualifikationsphasen« (Promotion und Postdoc-Phase) von heute sechs auf zukünftig drei plus zwei Jahre ist kontraproduktiv für die Qualität des Wissenschaftssystems in Deutschland und katastrophal für die Beschäftigten.

In zahlreichen Diskussionsrunden mit dem BMBF und in mehreren Stellungnahmen³ hat die DGS – in Zusammenarbeit mit anderen Fachverbänden – Folgendes immer betont: Die gesetzliche Vorgabe einer Höchstbefristungszeit für Stellen in Lehre und Forschung ist für das Wissenschaftssystem dysfunktional. Denn: Innovative und gründliche Forschung braucht in allen Disziplinen Zeit, Verlässlichkeit, Fehlerkultur. Das bedeutet aber: Fluktuation, Prekarität, Ungewissheit und Abhängigkeit in bislang extrem hierarchischen Arbeitsformen schaden der Qualität von Forschung und Lehre. Die im Eckpunktepapier vorgeschlagenen Verschärfungen der geltenden Befristungsregelungen werden negative Auswirkungen, die das Befristungsregime jetzt schon hat, verschärfen: Den selbst mitverursachten brain drain der talentiertesten Forscher:innen und die Verschlechterung der Lehre wird die Novelle in der geplanten Form weiter befeuern. Dass das WissZeitVG die

1 https://www.bmbf.de/SharedDocs/Downloads/de/2023/230317-wisszeit_vg.html

2 <https://tubcloud.tu-berlin.de/s/eJDLgfc CC26FdGq>

3 <https://soziologie.de/aktuell/news/erklaerung-von-wissenschaftsverbaenden>

selbstgesteckten Ziele nicht erfüllt hat, weiß das BMBF dank mehrerer Evaluationen, die es z. T. selbst beauftragt hat.

Vor diesem Hintergrund irritiert es umso mehr, dass das »Eckpunktepapier« die Befristungslogik nun noch zu verschärfen vorschlägt. Die Kürzung der Höchstbefristungsdauer für die Postdoc-Phase widerspricht nicht nur allem, was die wissenschaftliche Arbeit in dieser Zeit erfordert (wissenschaftlicher Profilierung durch Drittmittelanträge und -forschungen, Publikationen in einschlägigen Fachzeitschriften, von denen viele mehrere Jahre in Anspruch nehmen, Übernahme von Aufgaben in der akademischen Selbstverwaltung, innovativer Lehre, dem Aufbau von Netzwerken usw.), sondern fällt zudem in die Lebensphase, in der viele Wissenschaftler:innen eine Familie gründen und familiäre Care-Aufgaben übernehmen. Verdichtung und Prekarisierung in dieser Phase wirken nachweislich zu Ungunsten von Wissenschaftler:innen, insbes. Müttern in der Wissenschaft.

Wir als DGS fordern vom BMBF eine Reform der Beschäftigungsstrukturen, die den Wissenschaftsstandort Deutschland stärkt und nicht weiter schwächt. Für die Beratung dazu müssen unter den verschiedenen Interessengruppen neben den Hochschulleitungen entscheidend auch und vor allem die in der Wissenschaft, in Lehre und Forschung selbst aktiv Tätigen beteiligt werden. Exzellente, auch international wettbewerbsfähige Forschung und Lehre braucht Verlässlichkeit, Planbarkeit, Zeit. Sie braucht in Deutschland zudem deutlich mehr langfristige bzw. Dauerstellen in der Breite, auch neben, unterhalb, abseits der (traditionellen) Professur, weshalb die weitere Diskussion über das WissZeitVG auch nicht abgelöst von Fragen der Grundfinanzierung geführt werden darf.

Der Vorstand der Deutschen Gesellschaft für Soziologie e.V. (DGS)

Essen, den 4. April 2023

Aus dem DGS-Vorstand

Liebe Mitglieder der Deutschen Gesellschaft für Soziologie,

sind Sie bei Mastodon? Das hatten wir beim letzten Mal auch schon gefragt, aber es bleibt weiter aktuell. Die Geschäftsstelle hält die Social Media Präsenz der DGS auf dem neuesten Stand und freut sich über Ihre Hinweise zur Veröffentlichung. Auch um die Kommunikationen zwischen den DGS-Sektionen besser zu gestalten, können alle unsere Kanäle für Aktivitäten und Infos genutzt werden. Dort erfahren Sie dann umgehend, wann die Folgen des Hackerangriffs auf die Universität Duisburg-Essen denn nun endlich bewältigt sein werden. Immerhin konnten die meisten Daten auf dem DGS-Server gesichert werden. Sie sollen bald wieder zur Verfügung stehen und die alten Emailaccounts können jetzt schon wieder genutzt werden.

Unsere letzte Vorstandssitzung am 30. und 31. März fand wie immer, wenn der alte Vorstand verabschiedet und der neue eingesetzt wird, an zwei Tagen am Kulturwissenschaftlichen Institut Essen (KWI) statt. Manuela Boatcă, Petra Böhnke und Hubert Knoblauch danken wir als neuer Vorstand für ihre Arbeit und ihr Engagement in den letzten Jahren. Mit dem neuen Vorstand wurden die Ressorts zum Teil neu besetzt, Einiges bleibt beim Bewährten:

- Dirk Baecker: Beauftragter für die Zeitschrift Soziologie
- Tobias Boll: Beauftragter für die Sektionen
- Heike Delitz: Schatzmeisterin und Beauftragte für Beschäftigungsverhältnisse
- Julia Hahmann: Beauftragte für Forschung
- Uta Karstein: Beauftragte für Beschäftigungsverhältnisse
- Diana Lengersdorf: Beauftragte für Forschung und Kongresskoordination
- Jörg Strübing: Stellvertretender Vorsitzender und Beauftragter für Lehre
- Paula-Irene Villa Braslavsky: Vorsitzende und Beauftragte für Öffentlichkeitsarbeit
- Daniel Witte: Beauftragter für internationale Beziehungen

Einer der ersten Beschlüsse des neuen Vorstands war die Einsetzung einer Kommission, die sich unter Leitung von Dirk Baecker mit dem Thema »Plagiate« beschäftigen wird und für die wir dankenswerter Weise Dr. Kornelia Engert, Prof. Dr. Sina Farzin, stud. Franca Heuer, Dr. Björn Krey, Prof. Dr.

Sylke Nissen sowie Prof. Dr. Uwe Schimank gewinnen konnten. Der Auftrag des DGS-Konzils an den DGS-Vorstand für die Einsetzung einer solchen Kommission lautete, ein Papier zu erstellen, auf das die DGS sich zukünftig berufen kann, um Plagiate von Nicht-Plagiaten unterscheiden und ihre Haltung zu Plagiaten bekräftigen zu können.

Wir haben einen Textentwurf¹ zur Konsultation eines Forschungsdatengesetzes auf den Weg gebracht. Darin fordern wir den Schutz von Daten der empirischen Sozialforschung vor Beschlagnahme und von nicht-tatverdächtigen Forschenden vor Durchsuchungen durch Ermittlungsbehörden. Zudem soll ein Zeugnisverweigerungsrecht (analog zu den Verschwiegenheitspflichten anderer Berufsgruppen) die zugesicherte Vertraulichkeit während der Forschungsarbeit stärken; auch dies sollte im neuen Forschungsdatengesetz verankert werden. Diese Standpunkte sind kongruent mit der ursprünglichen Absicht des geplanten Forschungsdatengesetzes. Im Koalitionsvertrag von 2021 heißt es dazu: »Den Zugang zu Forschungsdaten für öffentliche und private Forschung wollen wir mit einem Forschungsdatengesetz umfassend verbessern sowie vereinfachen [...].« Allerdings entsteht mit der aktuellen Stellungnahme des Bildungsministeriums unseres Erachtens der Eindruck, dass dies nicht angemessen realisiert wird. Daher haben wir per Formular beim Ministerium unsere Anliegen eingereicht.

Die nächste turnusmäßige Mitgliederversammlung wird am 26. September 2024 digital stattfinden. Da der reguläre DGS-Kongress auf das Jahr 2025 verschoben ist, wird die Mitgliederversammlung 2024 ausnahmsweise außerhalb eines Kongresses durchgeführt. Die Jahresversammlung (Sektionssprecher:innen und Konzil) findet am 27. Oktober 2023 am KWI in Essen statt.

Ansonsten gilt wie immer: *We'll keep you informed!* Wenn Sie etwas wissen oder kommentieren möchten, melden Sie sich gern bei der Geschäftsstelle. Marcel Siepmann (zurzeit noch: marcel.siepmann@soziologie.de, oder wieder marcel.siepmann@kwi-nrw.de, beide Adressen bleiben vorerst gültig) ist Ihr / Euer Ansprechpartner, insbesondere hinsichtlich organisatorischer und verbandsinterner Abläufe. Alle Vorstandsmitglieder sind selbstverständlich auch ansprechbar, Sie finden uns über die Website.

Herzliche Grüße, auch im Namen der Vorstandskolleg:innen,
Paula-Irene Villa Braslavsky

1 https://www.bmbf.de/bmbf/shareddocs/downloads/files/Forschungsdatengesetz/Deutsche_GesellschaftfuerSoziologie.pdf?_blob=publicationFile&v=1

Veränderungen in der Mitgliedschaft

Neue Mitglieder

Elena Erstling, Tübingen
PhD David Furtschegger, Innsbruck
Dipl.-Soz. Anna-Lena Knoll, Mainz
Dr. Jonas Metzger, Gießen
Laura Pargen, Siegen
Prof. Dr. Nina Perkowski, Hamburg
Dr. Klaus Pforr, Mannheim
Dr. Michael Tiemann, Bonn
Lisa Wessel, Frankfurt
Sebastian Zühl, Hamburg

Neue studentische Mitglieder

Cosima Adams, Berlin
Steffen Gutmann, Dresden
Felix Schaaf, Lüneburg

Austritte

Minela Balic, M.A., Essen
Cassandra Chartouni, Münster
Dr. Angela Deitersen-Wieber, Bochum
Carsten Dürr, Ludwigsburg
Alexander Feuerherdt, Kiel
Gerrit Frerich, Köln
Dr. Nathalie Hirschmann, Münster
Prof. Dr. Andrea Knierim, Stuttgart
Dr. Eva König-Werner, Berlin

Alexander Maschke, M.A., Rostock

Dr. Yvonne Niekrenz, Rostock

Juliane Pehla, Berlin

Sarah Rempe, Düsseldorf

Verena Rossow, Essen

Apl. Prof. Dr. Heiko Schrader, Bielefeld

Prof. Dr. Gerhard Vowinckel, Hamburg

Dr. phil. Dennis Walkenhorst, Leipzig

Dipl.-Soz. Heike Zeller, München